

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Die französischen Katholiken und der Bergarbeiterstreik

Unter diesem Titel veröffentlichen die *Werkhefte*, Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus (Nr. 5/1963), einen interessanten Beitrag von *Erich Mark*, aus dem wir — zur Ergänzung des Aufsatzes von *Gustave Stern* im Hauptteil des vorliegenden Heftes der GM — folgendes zitieren wollen:

„Notre Dame de Malakoff ist eine Pariser Kirche wie hunderte andere auch. Am Portal liegt eine Kollekte für die streikenden französischen Bergarbeiter auf. Pastor M. Hourdin, wie die Mehrzahl der katholischen Pfarrer Frankreichs, übt tätige Solidarität, sammelt Geld, Kleider, Lebensmittel; Pfarrer Hourdin spricht im Komitee für gegenseitige Hilfe über die gerechte Sache der Streikenden, kurz, er schließt sich jener großen Bewegung an, die Frankreich aufrüttelt . . .

Wer beteiligte sich an diesen Protesten der Sympathie für Volksfreiheiten? Nur die Ar-

beiter, nur die Eisenbahner, die wiederholt stundenweise den Zugverkehr lahmlegten oder die Erdgas-Arbeiter von Lacq? Zweimal standen die Fernschreiber der französischen Nachrichtenagentur AFP still. Alle Mitarbeiter, auch die Wissenschaftler der staatlichen französischen Atomindustrie, die Ingenieure und Steiger der Zechen streikten. Viele Professoren in Universitäten sprachen vor ihren Studenten gegen den Mobilisierungsbefehl.

Die Montanunion — man sieht, wem sie nutzt — hoffte aus anderen Ländern den beginnenden Kohlenmangel zu beheben. Nicht nur die IG Bergbau der Bundesrepublik verweigerte zusätzliche Kohlenlieferung; die Dokker aller europäischen Häfen — von Hull bis zum sowjetischen Hafen Klaipeda (Memel) — weigerten sich, Kohle nach französischen Häfen zu verladen . . .

Eine Welle von Sympathie und materieller Hilfsbereitschaft erfaßte fast das ganze französische Volk. Nicht nur die Arbeiter gaben einen Stunden- oder Tageslohn. Ärzte spendeten, Kaufleute gaben 2 vH vom Umsatz. Winzer aus dem Süden sandten Waggons voll Wein. Frankreichs Volk erwies sich als solidarisch mit jenen, die gegen Notstandsgesetze mutig angingen. Der Klerus wollte sich nicht isolieren. Das begann so:

„Das Problem unzureichender Löhne ist durch Zwangsverpflichtung nicht lösbar“, erklärte der Bischof von Cambrai (FAZ 5.5.1963); und der Bischof von Arras fand, daß ‚dieser Streik uns alle angeht, denn es geht um die Gerechtigkeit‘. In der zweiten Streikwoche schrieb ein 22 Pfarrer des Grubenbassins von Mont-les-Mines einen Brief an de Gaulle, in dem sie ihre Solidarität mit den Bergarbeitern zum Ausdruck brachten (Le Monde 9.3.1963).

Monsignore Boillon, Koadjutor des Bischofs von Verdun, erklärte: ‚Aus Liebe zum Recht, aus Liebe zur Arbeiterklasse und nicht aus Haß gegen die Unternehmer und die Reichen muß eine soziale Bewegung unterstützt und gestärkt werden, selbst wenn sie die Form eines Konflikts annimmt...‘ (Le Monde 17.3.1963). Sehr realistisch befaßte sich der Bischof von Metz, Monsignore Schmitt, mit dem Kernproblem: ‚Das Streikrecht ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen ein Grundrecht, weil es oft das einzige Mittel zur Durchsetzung des Rechts ist... Eine kollektive Dienstverpflichtung darf nicht als Mittel mißbraucht werden, einen legalen Streik zu brechen . . . ein so außerordentliches Mittel darf nicht unvorsichtig angewendet werden‘ (Le Monde 9.3.1963). Auf einer routinemäßigen Beratung der Kardinale und Erzbischöfe Frankreichs (am 16.3.1963) empfahl dieses Kollegium: ‚Wir fordern die Gläubigen auf, nicht abseits zu stehen im Hinblick auf die brüderliche Solidarität, zu der sie das Evangelium selbst anhält‘ (Le Monde 17. 3.1963).

In Südfrankreich haben die Pfarrer des Bergbau-Reviers von Gardanne (Bouches du Rhone) ein Plakat mit ihrer Stellungnahme anschlagen lassen. ‚Der Mensch geht vor allen Maschinen, der gerechte Lohn vor allen Profiten. Der Wille zu verhandeln geht vor allen Maßnahmen der Autorität. Die Initiative der Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen geht vor allen Plankonstruktionen, die ohne sie entworfen wurden. Die Stimme der Arbeiter ertönt aus ihren Berufsorganisationen‘ (Le Monde 7. 3. 1963).

So klar war die Haltung bedeutender Teile des französischen Klerus, der nicht wie in ähnlichen Kämpfen (1936 und 1946) auf der Seite der Staatsmacht gegen die Arbeiter stehen wollte.“

In diesem Zusammenhang sei auch auf eine Betrachtung verwiesen, die unter dem Titel „Praktische Demokratie“ zu diesen Aspekten der großen französischen Streikbewegung in der Mai-Ausgabe der *Holzarbeiter-Zeitung* erschienen ist. Dort wird hervorgehoben, daß sich auch der Protestantische Bund Frankreichs auf die Seite der Streikenden gestellt habe: „Ganze Kirchenbezirke mit ihren Pfarrern nahmen an der Aktion der interkonfessionellen und zwischen-gewerkschaftlichen Komitees zur moralischen und materiellen Unterstützung der streikenden Grubenarbeiter teil. Wo hat es das jemals in Deutschland gegeben?“

Was geht in Spanien vor?

Unter dem Titel „Die späte Rache des Diktators Franco“ hat *François Bondy* (Paris), Herausgeber der Monatsschrift *Preuves* und einer der besten Kenner der heutigen Situation in Franco-Spanien, im *Tages-Anzeiger* (Zürich), Nr. 114/1963, die folgenden Betrachtungen veröffentlicht:

„Die Hinrichtung des Kommunistenführers *Julian Grimau* im Gefängnis Garabanchel in Madrid stellt Sinn und Chancen jener spanischen Liberalisierung‘ und ‚Europäisierung‘ in Frage, die seit einigen Jahren einen allmählichen Abbau der abschreckenden Züge der spanischen Autokratie erwarten ließen. General Franco persönlich hat sich allerdings nie als ein Versöhner gegeben, der unter den blutigen Bürgerkrieg einen Schlußstrich zu ziehen begehrt. Die Aufrechterhaltung der Angst vor einer möglichen Wiederkehr dieser Schreckenszeit ist stets eine der psychologischen Grundlagen seiner persönlichen Macht gewesen. Das ungeheure Mausoleum im ‚Tai der Gefallenen‘ ist das sichtbare Symbol von Francos Willen, seinen Staat an ein Geschehen zu fixieren, aus dem heraus sich seine Diktatur ihre Rechtfertigung als einzige Alternative zum Bürgerkrieg holt.

In den Augen der geistig regen Elemente der neuen spanischen Generation ist diese Alternative — *Autokratie oder Bürgerkrieg* — freilich *überholt*, und auch in Gesprächen mit

moderner denkenden hohen Beamten der Fachministerien kommt die Sorge um den notwendigen Übergang zu einem ‚europafähigen Regime‘ mehr zum Ausdruck als die Fixierung an den vergangenen Schrecken.

Die Liberalisierung hatte vor allem *wirtschaftliche und soziale Ursachen*. Die Öffnung nach Europa durch die freie Ausreise spanischer Arbeiter, die andere Lohn- und Lebensverhältnisse kennenlernten, und der Zustrom von Millionen Touristen trugen auch neue Ideen unter das Volk. Die Regierung fühlte sich schließlich gedrängt, um die Zulassung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ersuchen. Sie tat es, ‚der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe‘, weil die spanische Wirtschaft, wenn sie draußen vor dem europäischen Tor bleibt, nicht nur stagnieren würde, sondern eine eigentliche Rückentwicklung erfahren müßte, da die italienischen und griechischen Ausfuhren diejenigen Spaniens zu ersetzen drohen.

Unter den spanischen Verhältnissen ist eine scharfe Trennung zwischen wirtschaftlicher Reform und sozialer sowie politischer Änderung des Klimas nicht möglich, weil ohne soziale Reformen, welche die herrschende Schicht einschneidend treffen, bestimmte wirtschaftliche Fortschritte kaum denkbar sind. Es war deshalb schwer, als einmal die Diskussion um die Produktivität ausgelöst war, der Kritik Grenzen zu setzen, zumal jene Minister, die die korrupten Falange-Bürokraten ersetzt hatten, Wert darauf legten, zu zeigen, daß ihr Geist nicht mehr der des ‚alten Regimes‘ sei — das gilt besonders für den Informationsminister *Fraga*.

Die Empfindlichkeit des Regimes gegenüber europäischer Kritik zeigte sich in seiner Reaktion gegenüber dem ‚Weißbuch‘ der Internationalen Juristen-Kommission in Genf. Selbst eine offenkundige Tatsache wie jene, daß die wichtigsten Kommissionen der Cortes nicht gewählt, sondern ernannt werden, wurde von Wortführern der Regierung empört abgestritten. Die *institutionellen Änderungen* waren allerdings insgesamt *gering*. Wenn vor einem Jahr von einer Abschaffung der Zensur die Rede war, so bietet die Lektüre der spanischen Presse in allem, was innerspanische Angelegenheiten betrifft, nur geringe Zeichen einer Wandlung. Diese Presse zeichnet sich weniger durch ein Übermaß an Propaganda aus als durch das Verschweigen wichtiger spanischer Vorgänge.

Soweit eine Evolution doch zu bemerken war, darf man annehmen, daß Franco selber daran lag, ihr *enge Grenzen* zu setzen. Mit einem friedlichen Übergang, dessen Opfer seine persönliche Macht werden müßte, war er keineswegs einverstanden. Diese Macht war niemals die eines dynamischen Parteiführers, sondern die eines Herrschers. Er verfügte über den Pressionsapparat, der die großen sozialen Machtgruppen gegeneinander ausspielte und seine Mitarbeiter oft auswechselte. Für Spa-

niens Weg zu Europa war die Person des Diktators eine Belastung — um so mehr mußte ihm daran liegen, seine Macht und seine Unentbehrlichkeit zu demonstrieren.

Der Prozeß gegen den Kommunistenführer Grünau ist ein solcher Anlaß gewesen. *Der Bürgerkrieg geht weiter*, wenn ein Gegner mit der Begründung ‚militärische Rebellion‘ ein Vierteljahrhundert später unter fragwürdigsten Umständen zum Tode verurteilt werden kann. Wenn er aber weitergeht und der Sieger nach fünfundzwanzig „Jahren noch immer Rache-Urteile braucht, so ist damit das Schreckgespenst eines neuen Ausbruchs der Wirren heraufbeschworen. Diesen Schrecken braucht der Caudillo persönlich, und das Urteil wie seine Vollstreckung sind ein Zeichen, daß er nicht daran denkt, seine eigene Macht in der Liberalisierung verwässern zu lassen. Der Charakter der Proteste von allen Seiten — darunter so prominenter Gegner des Kommunismus wie *Salvador de Madariaga* — zeigt, daß diese Hinrichtung die demokratischen und liberalen Gemeinschaften nicht deswegen gleichgültig ließ, weil ihr Opfer ein Vertreter der ‚Sowjetsache‘ war.

Keinesfalls hat Franco aus Leidenschaft und persönlichem Ressentiment gehandelt. Leidenschaftsloses, kühles Rechnen ist mehr als ein Vierteljahrhundert lang die Grundlage seiner Macht, seiner Beharrungskraft gewesen. Jedenfalls ist zwischen dem Führer, der psychologisch wie politisch an die Erinnerung des Bürgerkrieges gebunden bleibt, und den neuen Schichten, die an den Eingang nach Europa und den Übergang zu einem liberalen Spanien denken, der Gegensatz offenkundig geworden. Jene, die sich vorstellten, daß das allmähliche Hinübergleiten in ein nachfrankistisches Spanien von Franco selber stillschweigend zugelassen würde, haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht.“

Ein schwerer Verlust

Die freiheitliche Zeitschriftenpresse der Bundesrepublik hat unerwartet einen schweren Verlust erlitten: *Herta Gotthelf*, die Redakteurin der *Gleichheit*, ist kurz vor ihrem 61. Geburtstag einem Schlaganfall erlegen. Sie hatte es verstanden, das äußerlich so bescheidene „Blatt der arbeitenden Frau“ zu einer stets lesenswerten, freimütig und eindeutig Stellung beziehenden Zeitschrift zu machen. Das bewies auch das letzte von ihr redigierte Heft 5/1963, in dem man wieder eine ganze Reihe bemerkenswerter Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung wie zu Gegenwartsfragen (Unfallschutz, Kriegsopferversorgung, Frau und Volkswirtschaft usw.) sowie Buchbesprechungen, Notizen und Informationen findet. Möge die *Gleichheit* auch künftig in diesem Geiste und mit dem Können redigiert werden, das sie unter Herta Gotthelf auszeichnete!

W. F.